

oö Informiert

Nr. 3, 2020

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz

**Wir
arbeiten.**

**Bis alle
wieder
Arbeit
haben. >>**


Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.



Integrationsbericht:

**Fatale Folgen der
Masseneinwanderung**

Seite 6

Zehn Punkte gegen:

**Illegale Migration &
Ausländerkriminalität**

Seite 9

Inakzeptabel:

**Gewalt gegen
Polizei**

Seite 15



Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

Der große Crash - Die Bundesregierung erntet, was sie gesät hat

Die wirtschaftliche Situation unserer heimischen Betriebe und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sind alarmierend. Viele Unternehmen quer durch alle Branchen mussten bereits flächendeckende Kündigungen vornehmen, viele Arbeitnehmer stehen von einem auf den anderen Tag buchstäblich auf der Straße. Für den Herbst rechnen Experten mit einer weiteren großen Insolvenzwelle und einer Verschärfung der Situation. Die FPÖ hat bereits zum Sommeranfang vor genau diesem Dominoeffekt gewarnt – aber die Bundesregierung hat die Massenkündigungen und Insolvenzen billigend in Kauf genommen.

Die wirtschaftliche Schiefelage, in der sich Österreich befindet, ist nicht etwa vom Himmel gefallen, sondern sie ist die logische Konsequenz des planlosen Handelns der Bundesregierung.

Nachdem man es im Kanzleramt in Wien zu Beginn der Coronakrise bereits verschlafen hatte, rechtzeitig Einreisekontrollen und Temperaturscans an Flughäfen sowie Grenzschießungen durchzuführen, hat man es später auch versäumt, die Lockdown-Maßnahmen rechtzeitig wieder zurückzunehmen. Das Ergebnis sind hunderttausende

Arbeitslose und tausende Betriebe, die vor dem Aus stehen. Kurzum: Nicht das Virus, sondern das katastrophale Corona-Management der Bundesregierung hat die österreichische Wirtschaft nachhaltig geschädigt.

Wie groß dieser Schaden ist, sehen wir jetzt, da im Dominoeffekt reihenweise kleine und große Unternehmen quer durch alle Branchen Kündigungen und Insolvenzen verkünden. Zusätzlich hat sich die Bundesregierung durch Steuererstattungen und andere aufschiebende Maßnahmen noch ein Bataillon

von Zombieunternehmen herangezüchtet, die reihenweise kollabieren

” **Die wirtschaftliche Schiefelage, in der sich Österreich befindet, ist nicht etwa vom Himmel gefallen, sondern sie ist die logische Konsequenz des planlosen Handelns der Bundesregierung.** “

Landeshauptmann-Stv.
Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobermann



werden, sobald diese Stundungen auslaufen.

FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner erinnert daran, dass bis dato ein großer Teil der versprochenen Coronahilfen nicht bei den Betrieben angekommen ist: „Die Auszahlung der Coronahilfen für tausende Unternehmen hätte über die Finanzämter abgewickelt werden müssen. Diese verfügen sowohl über das dafür ausgebildete Personal als auch über alle notwendigen Daten. Stattdessen aber hat man von Seiten der ÖVP lieber die eigenen Freunde in der Wirtschaftskammer bedient und versucht, verkrustete Kammerstrukturen zu legitimieren und einzube-

tonieren. Das Ergebnis sehen wir jetzt: Das Geld kommt nicht an.“

Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im ganzen Land müssen nun den Preis für diese falsche Prioritätensetzung bezahlen. In Oberösterreich betrifft das gerade sehr konkret die Belegschaften von FACC oder der Brauerei Grieskirchen, sowie zahlreiche weitere kleine und mittelständische Betriebe.

Das von der Landesregierung beschlossene Oberösterreich-Paket ist zwar in der Lage, einen gewissen Teil dieses wirtschaftlichen Schadens aufzufangen, allerdings ist man auch auf langfristige und nachhaltige Konzepte aus dem Bund angewiesen. Oberösterreich erwartet sich insbesondere aus dem Bundeskanzleramt und dem Wirtschaftsministerium einen detaillierten Plan für die Zukunft. Dort hüllt man sich bisher allerdings in Schweigen.

Chaos-Ampel: „Ein bisschen verwirrend“

Es entsteht der Eindruck, dass diese türkis-grüne Chaos-Ampel eher als politisches Instrument denn als gesundheitspolitische Maßnahme gedacht ist. Diese Chaos-Ampel hätte ursprünglich für mehr Klarheit sorgen und eine auf die jeweilige regionale Situation abgestimmte Reaktion ermöglichen sollen.

Wenn man sich ansieht, was da seit Monaten aus dem Gesundheitsministerium kommt, dann glaube ich, dass spätestens jetzt alle Landesparteiobleute der ÖVP sehen, dass die Grünen kein geeigneter Regierungspartner sind.



Anschobers Chaos-Ampel ist eine Beleidigung für die Intelligenz der Österreicher. Mit bunten Farben zu spielen, beschäftigt man höchstens Kleinkinder, aber so kann keine fachlich fundierte Krisenbewältigung aussehen. Vor allem dann nicht, wenn man trotz Chaos-Ampel dennoch bundesweite Maßnahmen setzt, auch in Bezirken, in denen die Infektionszahlen bei null oder niedrig geblieben sind. Deswegen erwarten wir uns Antworten vom Gesundheitsminister, wie es für Schüler, Eltern und Unternehmen weiter gehen sollen. Die Chaos-Ampel passt zum Verordnungs-

desaster des Gesundheitsministers Anschober. Mit Rechtssicherheit hat das alles nichts zu tun.

Im Umgang mit Covid 19 wäre das Wichtigste, sensible Infrastruktur und Risikogruppen zu schützen. Dies hätte man von Anfang an konsequent angehen müssen. Hier sind vor allem Krankenhäuser, Arztpraxen, Seniorenheime und die systemrelevanten Bereiche zu nennen. Einschränkungen der Bürger und Freiheitsrechte für die gesamte Bevölkerung sehen wir als Freiheitliche sehr kritisch.


Dr. Manfred Haimbuchner
 Landeshauptmann-Stv.

Interview:**„Wir sind keine Unternehmer-**

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die Bundesregierung betont in ihren zahlreichen Pressekonferenzen immer, dass Österreich gut durch die Krise gekommen sei. Stimmt das?

Dr. Manfred Haimbuchner: Wenn man sich ansieht, dass in der Krise hunderttausende Menschen arbeitslos wurden und die Pleitewelle bei Betrieben gerade erst so richtig einsetzt, muss man sich fragen, in welcher Realität Regierungsmitglieder leben, die so etwas behaupten. Zwar konnte eine größere Gesundheitskrise abgewendet werden, allerdings hat die Bundesregierung mit ihren wenig durchdachten Maßnahmen sehr viele Menschen in finanzielle Notlagen gebracht und sie in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet.

”

Ich erwarte mir mehr politischen Weitblick und eine deutliche Professionalisierung des Corona-Managements. “

Landeshauptmann-Stv.
Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobmann

oder Arbeiterpartei, sondern die einzige ‚Arbeitspartei‘.“

„Gesundheit vor Wirtschaft“ – Hat die Regierung damit die falschen Prioritäten gesetzt?

Haimbuchner: Das gesundheitspolitische Momentum stand nur am Anfang im Fokus der Arbeit der Bundesregierung, später war es eher ein politisches Nebenprodukt. Die Regierung hat nämlich sehr bald erkannt, dass die Krise, wenn man sie vehement genug erzählt, eine hervorragende Möglichkeit für politische Inszenierung abgibt. Und für einen Test, unter welchen Bedingungen die Bürger bereit sind, auf ihre Grund- und Freiheitsrechte zu verzichten. Das erkennt man auch daran, dass kritische Experten, wie etwa Dr. Martin Sprenger, die die Corona-Maßnahmen für überzogen hielten, aus der Corona-Kommission der Bundesregierung hinausgemobbt wurden.

Welche Maßnahmen stören Sie besonders?

Haimbuchner: Als Jurist und Staatsbürger beunruhigen mich die zahlreichen Gesetzesvorlagen und Verordnungen, die zum Teil schon auf den ersten Blick verfassungswidrig sind. Der sorglose Umgang mit unseren Grund- und Freiheitsrechten wie der Versammlungsfreiheit ist teilweise skandalös und offenbart die autoritäre Natur von Christlich-Sozialen und Grünen gleichermaßen. Als Landespolitiker und als Vater ärgert mich das in Bundeskanzleramt und Gesundheitsministerium produzierte Chaos bei den Kindergärten- und Schulschließungen, bei der Lockdownampel und der Maskenpflicht. Darüber hinaus gibt es sehr viele offene Fragen zur weiteren Zukunft, die die Regierung nicht bereit ist, zu beantworten: Wie geht es weiter, wenn im Winter die Grippe-Saison die gesundheitspolitische Lage weiter verschärft?

Werden wir wieder in den Hausarrest geschickt? Werden wieder Schulen geschlossen? Was passiert mit der Nachtgastronomie, dem Tourismus, der Ski- und Ballsaison?

Was erwarten Sie sich künftig von der Bundesregierung?

Haimbuchner: Ich erwarte mir mehr politischen Weitblick und eine deutliche Professionalisierung des Corona-Managements. Wir haben ein Gesundheitsministerium, dessen Juristen keine einzige fehlerfreie Verordnung vorlegen können und einen Bundeskanzler, für den die Verfassungskonformität von Corona-Gesetzen laut eigener Aussage eher nachrangig ist. So löst man keine Probleme, sondern man trägt zu einer Verunsicherung der Bevölkerung bei, die ich nur als grob fahrlässig bezeichnen kann. Hinzu kommen dann noch wirtschafts- und arbeitnehmerfeindliche Maßnahmen auf allen Ebenen, die das Chaos komplettieren. Das muss ein Ende haben, wenn wir Österreich erfolgreich aus dieser hausgemachten Krise herausführen wollen.

Sie sprechen von wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen. Welche wären das?

Haimbuchner: Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Das EU-Parlament hat in diesen Tagen beschlossen, dass ab 2027 keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden sollen und aus Österreich stemmt sich einzig und allein die FPÖ gegen dieses Vorhaben. Wo sind hier die Stimmen der Vernunft aus allen anderen Parteien, insbesondere aber der ÖVP? Hier geht es um österreichische Interessen. Wir Freiheitlichen sind mittlerweile offenbar die einzigen, die an Betriebe, Arbeitnehmer und den Standort ganzheitlich denken.

Wir sind somit keine Unternehmer- oder Arbeiterpartei, sondern die einzige „Arbeitspartei“.

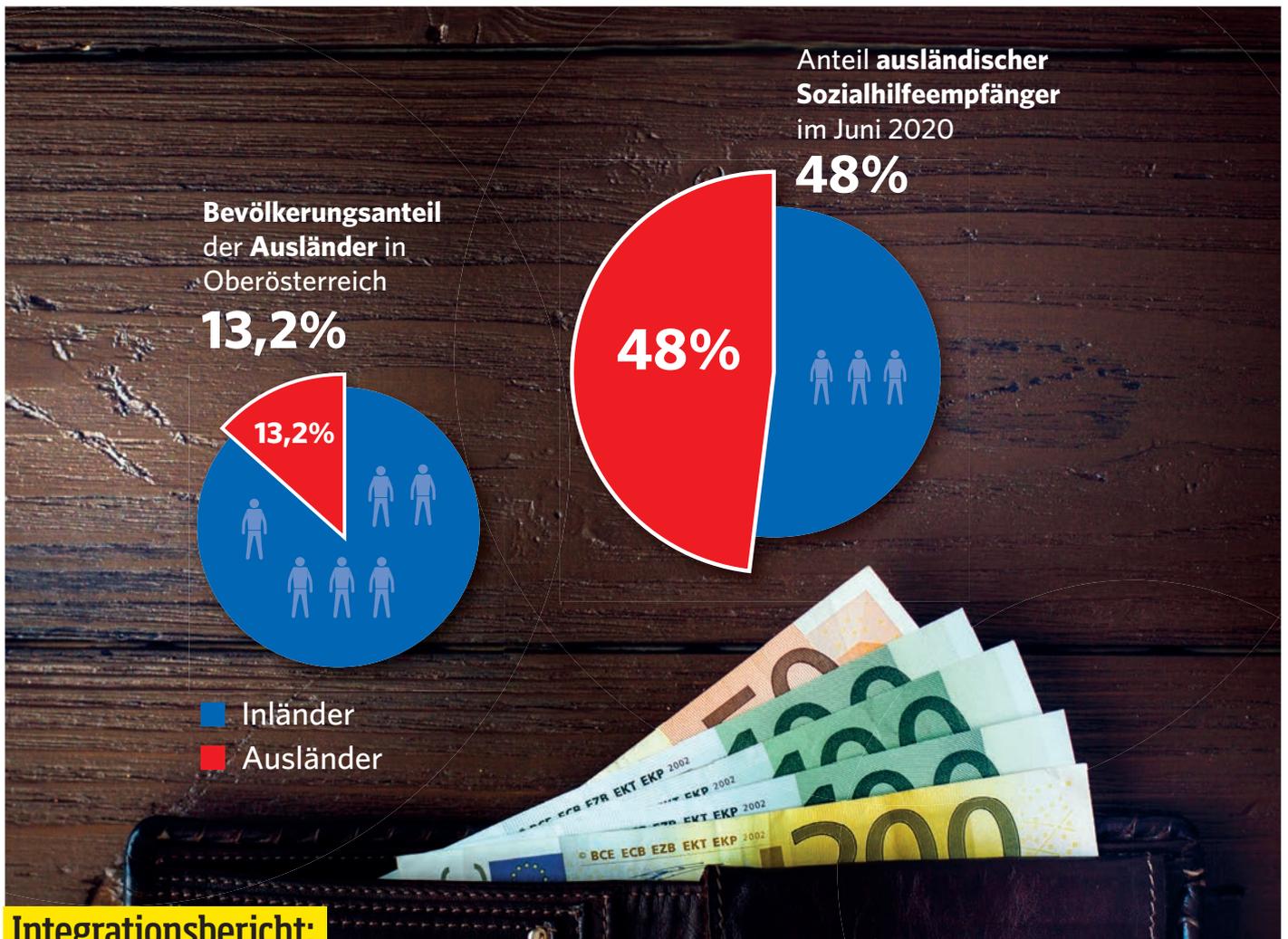
Welche Impulse braucht der Standort Oberösterreich, um aus der Krise zu kommen?

Haimbuchner: Wir brauchen auf der einen Seite ein umfassendes Bekenntnis zu einer Reindustrialisierung und der stärkeren und breiteren Verankerung von Schlüsselindustrien in unserem Bundesland. Das geht von der Produktion von Medizinbedarf bis hin zur energieintensiven Schwerindustrie. Auf der anderen Seite ist es unabdingbar, bereits heute dafür zu sorgen, dass der Innovations- und Technologiestandort Oberösterreich auch langfristig wieder zu alter Stärke zurückfinden kann. Das geht nur durch Förderung von Innovationen.

Ich sehe all das ganzheitlich unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Landesverteidigung.

Wo liegen für Sie die Innovationen der Zukunft?

Haimbuchner: Die Erfolgsfaktoren der Wissens- und Industriedrehscheibe Oberösterreich waren nie billige Löhne, sondern revolutionäre Entwicklungen und technologische Pionierleistungen, wie etwa im Bereich der Stahlgewinnung. Diese neuen und innovativen industriellen Revolutionen zu erkennen und zu fördern, muss das zentrale Element einer Wirtschafts- und Standortpolitik mit Weitblick sein. Vor allem im Bereich der Raumfahrttechnologie und der Medizintechnik hat Oberösterreich hochgradig innovative Unternehmen mit großem Entwicklungspotential, die den Standort sowie die Arbeitsplätze der Zukunft maßgeblich mitgestalten werden.



Integrationsbericht:

Fatale Folgen der Masseneinwanderung

Der Anfang September von der zuständigen VP-Ministerin Dr. Susanne Raab vorgestellte Integrationsbericht für Österreich zeigt vor allem eines: Die schwarz-rote Migrations- und Sicherheitspolitik ist gescheitert – und das zu Lasten der Österreicher. Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr fordern daher rasche Maßnahmen.

Augenfällig sind unter anderem die Bereiche Bildung und Arbeit, in denen man schwerlich von echter Integration sprechen kann. So ist der Anteil der Schüler, die nicht mehr Deutsch als Umgangssprache haben auf mittlerweile 26,4 Prozent gestiegen – im Schnitt. In vielen Schulklassen sind Schüler mit deutscher Muttersprache mittlerweile in der Minderheit. Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner erinnert daher an die freiheitliche Forderung, endlich Deutsch als verpflichtende Umgangssprache auch an den Schulen und außerhalb des Unterrichts zu verankern.

Das würde den Schülern ohne deutsche Muttersprache dabei helfen, die Landessprache besser zu erlernen und dadurch einen leichteren Einstieg in das Arbeitsleben zu finden. Stattdessen wird dieses Vorhaben seit Jahren blockiert – zunächst von der SPÖ-Bildungsministerin, danach von ÖVP-Bildungsminister Faßmann.

Auch auf dem Arbeitsmarkt sieht es nicht gut aus. „Die Arbeitslosigkeit steht nach wie vor auf einem Rekordhoch. Eine wirkliche Besserung ist nicht in Sicht. Besonders dramatisch ist der Anteil der ausländischen Arbeitslosen. Im Vorjahresvergleich gab es in Oberösterreich einen Zuwachs von 48,5 Prozent“, zeigt Mahr die schwierige Lage auf und ergänzt: „Was bei der Integration verschlafen wurde, schwappt nun direkt auf unseren Arbeitsmarkt über. Aufkommen für diese Versäumnisse muss der heimische Steuerzahler.“



Klubobmann Ing. Herwig Mahr

Herkunftskennzeichnung bleibt wichtiges Thema

Die Freiheitliche Bauernschaft OÖ fordert auch weiterhin eine durchgängige Herkunftskennzeichnung für landwirtschaftliche Produkte. „Wir halten diese Maßnahme für sehr wichtig für Landwirte und Konsumenten und halten daher auch weiterhin an dieser Forderung fest“, so der Obmann der Freiheitlichen Bauern OÖ, LAbg. Ing. Franz Graf.

Auch FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner betont die Wichtigkeit: „Eine Kennzeichnung von Fleisch und Milchprodukten – aber auch von anderen landwirtschaftlichen Produkten nach dem Prinzip ‚Geburtsland-Aufzuchtland-Verarbeitungsland‘ erhöht die Transparenz für den Verbraucher, erschließt neue Märkte und rechtfertigt zudem einen fairen Preis für inländische Produkte, die unter hohen Qualitätsstandards produziert wurden.“ Produkte mit geringerer Qualität müssten genauso erkennbar sein. Bei Fertigprodukten die einen Fleischanteil von 8 % oder mehr des Produktgewichtes beinhalten, müsse ebenfalls eine Herkunftsbezeichnung nach dem oben genannten

Prinzip erfolgen, betont Franz Graf. Die Freiheitliche Bauernschaft fordert seit Jahren eine durchgängige Lebensmittelkennzeichnung nach französischem Vorbild ein.

Frankreich konnte nach Verhandlungen mit der EU eine entsprechende Herkunftskennzeichnung durchsetzen. Seit dem Jahr 2017 gilt dort nun verpflichtend, dass für Fleisch und Milch verarbeitete Produkte auf dem Etikett das Land der Geburt, der Aufzucht und der Schlachtung der Tiere ausgewiesen wird. „Nur wenn 100 % des Produktes aus einem Land stammen, reicht dessen alleinige Angabe aus“, erläutert Graf das französische System.



Obmann Freiheitliche Bauernschaft OÖ LAbg. Ing. Franz Graf

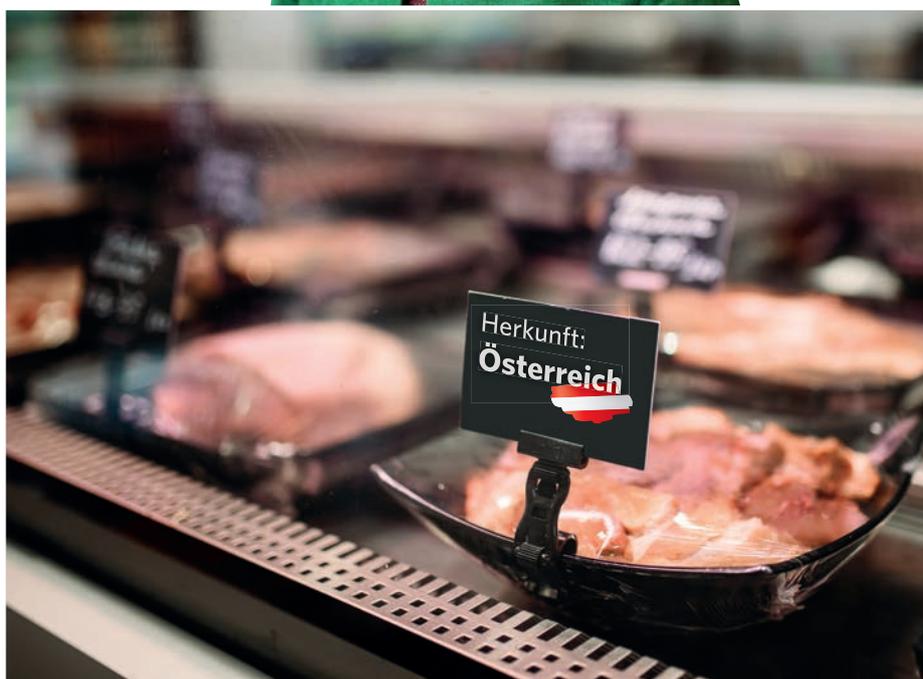


Bild: Land OÖ/Daniel Mayer-Lamberg



Kostenlose Warnwesten:

Sicher zur Schule

Mit Anfang September starteten über 15.000 Schulanfänger. Auch heuer gibt es erneut für die Taferlklassler kostenlose Warnwesten, die von der Polizei im Rahmen der Verkehrserziehungstage in den ersten Schulwochen an die Schüler verteilt werden.

Verkehrs-Landesrat Mag. Günther Steinkellner, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Sicherheits-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger: „Reflektierende Warnwesten sollen ständige Begleiter der Kinder sein.“ Durch die Warnwesten werden die Kinder für die Autofahrer besser und vor allem wesentlich früher sichtbar.



Besuchen Sie Manfred Haimbuchner in den sozialen Medien:

[fb.com/manfredhaimbuchner](https://www.facebook.com/manfredhaimbuchner)
[instagram/manfredhaimbuchner](https://www.instagram.com/manfredhaimbuchner)

Westring: Tunnelbau gestartet



Gut für Umwelt, Wirtschaft und Privatpersonen: Mit dem Bau der Westringbrücke wird der Individualverkehr in Linz deutlich entlastet. Mitte September erfolgte der offizielle Start des hierfür nötigen Tunnelbaus – durch die traditionelle Startsprengung.

370.000 Kubikmeter Abbruchmaterial müssen in den kommenden Monaten abgetragen werden, um im Freinberg und den gegenüber liegenden Urfahwänden für die 3.200 Tunnelmeter

des Westrings Platz zu schaffen. Der Großteil davon wird umweltschonend über Schiffe zum Ennschafan abtransportiert. Am 14. September erfolgte die traditionelle Sprengung zur Er-

öffnung des Tunnelbaus. Die Arbeiten an den Trägersockeln für die Tragseile der Brücke laufen schon seit 2019 und werden daher bereits im nächsten Jahr abgeschlossen. Im ersten Quartal 2024 sollen dann Brücke und Zubringer eröffnet werden – und damit eine deutliche Entlastung des innerstädtischen Verkehrs bringen.

„Die Westringbrücke und mit ihr der ganze Westring sind immens wichtig für die Weiterentwicklung der Landeshauptstadt und des oberösterreichischen Zentralraums“, führt Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner aus. Vor allem Pendler aus dem Mühlviertel werden von der verbesserten Verkehrssituation profitieren. Das derzeitige Nadelöhr Nibelungenbrücke wird deutlich entlastet, dadurch Stau und Abgasemissionen reduziert. Der Westring habe eine enorme Bedeutung für die Wirtschaft und die Bürger und stärke die Wettbewerbsfähigkeit.

Achtlos weggeworfener Müll stellt eine Gefahr für Natur, Tiere und Menschen dar – dennoch werden Straßenränder, öffentliche Plätze und Grünanlagen in Oberösterreich zunehmend vermüllt. Eine Kampagne von Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner will nun aufklären.

Auch in Oberösterreich nimmt das sogenannte Littering, das achtlose Wegwerfen von Müll – etwa aus fahrenden Autos und im öffentlichen Raum immer stärker zu. Das könne zu erheblichen Gefahren führen, zeigt Steinkellner auf.

Die Kampagne „Wirf nix raus“ soll sensibilisieren und dazu anhalten, Müll ordnungsgemäß zu entsorgen. Auch verursacht dieses Littering Kosten von rund 1,5 Millionen Euro im Jahr, damit der Müll am Straßen-

Kampagne für sichere und saubere Straßen gestartet



rand gesammelt und entsorgt wird.

Mit Schildern und Transparenten entlang der Straßen, an Kreisverkehren,

Brücken und in Parks, die gegen Vermüllung protestierende Tiere zeigen, wird das Problem aufgezeigt, so Steinkellner.

Zehn Punkte gegen Ausländerkriminalität und illegale Migration

Masseneinwanderung, jährlich neue traurige Rekorde bei der Ausländerkriminalität und Ausländerkonflikte auf österreichischem Boden: Die rot-schwarze Sicherheits-, Integrations- und Ausländerpolitik der letzten Jahrzehnte ist gründlich gescheitert. FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner fordert daher eine echte Umkehr in der Migrationspolitik.

Die Segnungen der multikulturellen Gesellschaft wirken sich mit zahllosen von Migranten verübten Gewaltverbrechen auf das Leben der Menschen aus. Aber auch Migrantenmobs – wie etwa in Stuttgart und Frankfurt – rotten sich zu Hunderten zusammen und greifen Sicherheitskräfte an. Und in Wien wird der türkisch-kurdische Konflikt ausge tragen. Für die Menschen in Österreich bedeuten diese Entwicklungen ein Minus an Sicherheit und Lebensqualität.

Laut einer Studie nehmen 70 Prozent der Befragten soziale Brennpunkte in ihrer Stadt wahr, an denen sie sich nicht gerne aufhalten. 67 Prozent bringen Asylwerber mit sozialen Brennpunkten in Verbindung und 60 Prozent erkennen in kulturellen Unterschieden und sprachlichen Schwierigkeiten ein Problem an sozialen Brennpunkten. Viele Menschen meiden

„**70% nehmen soziale Brennpunkte in ihrer Stadt wahr, in denen sie sich nicht gerne aufhalten.**“

„Hotspots“ dieser Brennpunkte, als welche beispielsweise Gemeindebauten, Ämter, Krankenhäuser und Stationen des öffentlichen Personennahverkehrs wahrgenommen werden.

In Österreich haben sich mittlerweile problematische Parallelgesellschaften mit damit einhergehenden Gewalt-Problemen gebildet, die immer durch

Einwanderergruppen aus islamischen Staaten geprägt sind, nie durch Dänen, Spanier oder Ostasiaten. Um diesem wachsenden Problem zu begegnen, fordert Haimbuchner daher eine echte Umkehr in der Migrationspolitik.

Obwohl die Grenzen während des Corona-Lockdowns angeblich dicht waren, ließ ÖVP-Innenminister Karl Nehammer in der Steiermark Asylquartiere reaktiveren, um den vielen Asylanträgen Rechnung zu tragen. Ganz offensichtlich sind Bundesregierung und Innenministerium mit dem Schutz unserer Grenzen und der Eindämmung von illegaler Migration überfordert. Statt leerer Show-Politik fordert Haimbuchner daher:

Haimbuchners 10-Punkte-Plan:

- > **Ausweisung aller ausländischen Gewaltstraftäter nach der 1. Verurteilung**
- > **Abschiebungen in alle Drittstaaten (nach GfK möglich)**
- > **Ausbau und Aufstockung der Polizeikräfte**
- > **Staatliche Rückkehrprogramme für Migranten und Asylwerber**
- > **Verschärfungen im Staatsbürgerschaftsrecht**
- > **Echten Grenzschutz und eine Reduzierung der illegalen Migration auf Null**
- > **Zurückweisungen an der österreichischen Grenze**
- > **Verweigerung der Annahme von Asylanträgen bei Einreise durch sichere Drittstaaten**
- > **Schaffung von international verwalteten Asylzentren in den Staaten des Maghreb und des Nahen Ostens**
- > **Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegenüber Drittstaaten, die sich weigern, in Asylfragen zu kooperieren**

Landesparteiobmann
Landeshauptmann-Stv.
Dr. **Manfred Haimbuchner**



Infrastruktur: Beide Bypassbrücken eröffnet

Mit den beiden Bypassbrücken wurden in Linz erstmals seit der Fertigstellung der Steyreggerbrücke vor 41 Jahren neue Brücken eröffnet. Für Verkehrsteilnehmer bedeutet das mehr Sicherheit, weniger Stau und schnelleres Vorankommen.

Die in den Jahren 1969 bis 1972 errichtete Voestbrücke wird täglich von mehr als 100.000 Fahrzeugen genutzt – und ist damit der wichtigste Verkehrsknotenpunkt der Stadt Linz. Seit 2018 wurden rechts und links der Voestbrücke je eine Bypassbrücke gebaut. Nachdem die westliche Bypassbrücke be-

reits im Juni eröffnet wurde, folgte Anfang September auch die östliche. Damit bietet sich erstmals die Möglichkeit, den Durchzugsverkehr der Mühlgkreisautobahn von Verkehrsteilnehmern zu trennen, die lediglich die Donau überqueren möchten. Ein wichtiger Schritt, um Stau zu vermeiden.

„Mit der Verkehrsfreigabe der beiden Bypässe können zahlreiche Pendler neue, sichere und komfortable Wege über die Donau nutzen“, freut sich Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner. Auch für Radfahrer und Fußgänger bringen die neuen Bypassbrücken mehr Komfort.



„
Mit der Verkehrsfreigabe
der beiden Bypässe
können zahlreiche Pendler
neue, sichere und
komfortable Wege über
die Donau nutzen.“

Mag. Günther Steinkellner
Infrastruktur-Landesrat



Landeshauptmann-Stv. Dr. **Manfred Haimbuchner** und Landesrat KommR Ing. **Wolfgang Klinger**: Ein gelungenes Beispiel, wie Naturschutz und Wasserwirtschaft Hand in Hand für den Artenschutz arbeiten können.



Bild: Land OÖ/Ferist-Grimberger

Einsatz für Artenvielfalt

Unter maßgeblicher Initiative von Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Wasserlandesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger ist am österreichisch-böhmischen Grenzfluss Malsch ein Artenschutzprojekt gestartet worden. Es geht um die Flussperlmuschel, die Ende August ausgesetzt wurde.

Gemeinsam mit der EU und dem tschechischen Umweltministerium hat das Land Oberösterreich das grenzüberschreitende Interreg-Projekt Malsemuschel ins Leben gerufen. Im österreichisch-böhmischen Grenzfluss Malsch

werden Erosion, Sedimente und Hochwasserschutz beobachtet und zugleich die schwindende Flussperlmuschel-Population gestärkt.

Oberösterreich habe im letzten Jahr-

zehnt eine Vielzahl an Arten- und Lebensraumschutzprojekten durchgeführt – mit nationalen und internationalen Partnern, betont Naturschutzreferent Haimbuchner. Klinger zeigt auf: „Bei diesem Projekt spielt der Hochwasserschutz eine wichtige Rolle für den Natur- und Artenschutz.“

Bilder: Land OÖ/Wasserwirtschaft (2)



Gebäude und Zufahrt wurden so angelegt, dass sie auch bei größeren Hochwasserereignissen problemlos erreicht werden können.

Hochwassermessstellen: Pegel Obergrünburg an der Steyr fertig

Ende Juni wurde der Messbetrieb beim Pegel Obergrünburg nach acht Monaten Bauzeit aufgenommen. Zukünftig kann über das Frühwarnsystem, bei Überschreitung vordefinierter Warngrenzen, die Verständigung der technischen und behördlichen Einsatzleitung erfolgen.

„Mit dem neuen Pegel in Obergrünburg ist ein weiterer Knoten im Netz der Hochwassermessstellen geknüpft wor-

den“, so Wasser-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger. „Je mehr Daten, umso besser werden die Vorhersagen, wenn ein Hochwasserereignis ansteht.“





Islamische Sittenwächter haben keinen Platz bei uns

Bereits Mitte Juni hat die Polizei eine Gruppe sogenannter islamischer Sittenwächter festgenommen. Die Tschetschenen haben Frauen, die sich zu westlich verhielten, sowie deren Angehörige bedrängt und teilweise sogar verletzt. FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr fand hierzu klare Worte.

Über mehrere Monate soll die „Sittenwächter-Bande“ in Wien und Linz aktiv gewesen sein, wurde im August bekannt. Die Gruppe tyrannisierte Frauen und ihre Angehörigen, wenn diese sich nicht entsprechend islamischer Vorgaben verhielten. Wirkten Drohungen und Übergriffe nicht, wurden Bilder der betroffenen Personen in Moscheen zur weiteren Denunziation ausgehängt. Sechs Tschetschenen wurden festgenommen und u.a. wegen Körperverletzung, Nötigung und dem Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung angezeigt. Die Gruppe soll den Kern ei-

ner hierarchischen Scharia-Polizei bilden.

„So etwas hat in unserer Heimat keinen Platz. In unserem Land gelten unsere Werte und unsere Regeln. Wer das nicht akzeptiert, hat hier nichts verloren! Wir

dürfen solchen Tendenzen in unserem Land keinen Millimeter Platz zum Ge-deihen bieten“, fordert Mahr vom grünen Integrationslandesrat Kaineder „ein Ende der Kuschelpolitik und eine schärfere Gangart mit spürbaren Konsequenzen“.

”

In unserem Land gelten unsere Werte und unsere Regeln. Wer das nicht akzeptiert, hat hier nichts verloren! “

Ing. Herwig Mahr, Klubobmann



Jetzt reicht ´s! Wieder ein Fall von dreistem Sozialbetrug

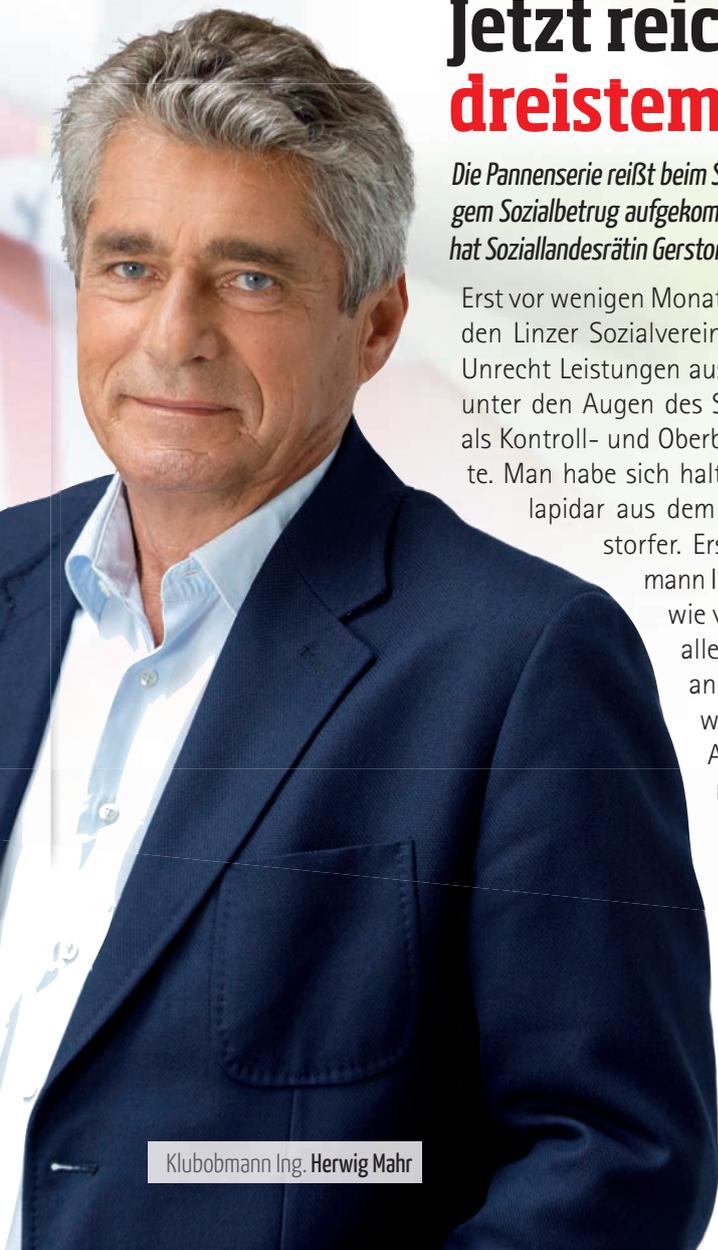
Die Pannenserie reißt beim SPÖ-geführten Sozialressort nicht ab. Erneut ist im Sommer ein Fall von jahrelangem Sozialbetrug aufgekommen. Bei den wiederholten Aufforderungen, ihr Ressort in Ordnung zu bringen, hat Soziallandesrätin Gerstorfer bislang aber auf Durchzug geschaltet.

Erst vor wenigen Monaten wurde bekannt, dass über den Linzer Sozialverein B37 über Jahre hinweg zu Unrecht Leistungen ausbezahlt wurden – und zwar unter den Augen des Sozialressorts, das eigentlich als Kontroll- und Oberbehörde funktionieren müsste. Man habe sich halt verrechnet, hieß es damals lapidar aus dem Büro von Landesrätin Gerstorfer. Erst im März hat FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr nachgefragt, wie viele Verdachtsfälle von Sozialleistungsbetrug im Jahr 2019 an die Kriminalpolizei gemeldet wurden. Gerstorfers seltsame Antwort: Ihr Einwirken sei nicht notwendig.

Dass der Sozialbetrug aber in Österreich allgegenwärtig ist, zeigt nicht zuletzt dieser Skandal: Rund 1.000 Kosovaren haben sich an steirischen Sozi-

altöpfen bedient – und dafür sogar eine eigene Buslinie gegründet, um alle Termine brav wahrzunehmen, dann aber wieder rasch in ihre Heimatländer abreisen zu können. Im Innviertel hatte laut Medienberichten eine türkischstämmige Dame über mehrere Jahre hinweg unberechtigt Sozialleistungen kassiert. Der Schaden für die Leistungsträger dieses Landes: vermutlich über 40.000 Euro. „Es ist schier unfassbar, wie solch dreiste Machenschaften jahrelang unentdeckt bleiben können. Die letzten Ereignisse zeigen klar, dass schärfere Kontrollmaßnahmen im Kampf gegen Sozialleistungsbetrug erforderlich sind“, ist Mahr empört.

SPÖ-Landesrätin Gerstorfer müsse endlich tätig werden und die Kontrollen verstärken, da es offensichtlich eine hohe Dunkelziffer gäbe.



Klubobmann Ing. Herwig Mahr

Neue Raumordnung stellt richtige Weichen

Gesellschaftliche Herausforderungen wie der demografische Wandel, steigender Wettbewerbsdruck und Anforderungen an den Klimaschutz machen strategische Maßnahmen notwendig. Mit dem Konzept „Der Zukunft Raum geben“ hat FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner die Lösungsstrategie des Landes OÖ präsentiert.

Um am Industriestandort Oberösterreich nicht nur Arbeitsplätze zu erhalten, sondern auch neue schaffen zu können, muss der Standort gestärkt werden. Faktoren wie Infrastruktur, Energieversorgung und Lebensqualität gewinnen hierbei im internationalen Wettbewerb immer stärker an Bedeutung. Hinzu kommen Herausforderungen wie der demografische Wandel, die bedarfsgerechten und leistbaren Wohnraum erfordern. In der Wohnbaupolitik setzt Landeshauptmann-Stv. und Wohnbaureferent Haimbuchner daher zum Beispiel seit vielen Jahren auf bedarfs-

orientierten Wohnbau, Nachhaltigkeit, Sanierung und Nachverdichtung.

Um die vielen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen aber bewältigen zu können, bedarf es einer engen Abstimmung der Verkehrs- und Infrastrukturplanung sowie der Raumordnung. Letztere ist vor allem ein Mittel, die Entwicklung des Landes so zu steuern,



dass die Lebensqualität ebenso erhöht werden kann wie die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes. Die neue Raumordnungsstrategie „Der Zukunft Raum geben“ berücksichtigt daher in fünf Leitstrategien eine engere Zusammenarbeit der Gemeinden, Verbesserungen für Umwelt- und Klimaschutz, ein nachhaltigeres Mobilitätsverhalten, die Umkehr des Wachstums von Ortschaften nach innen statt an die Ränder, sowie einen stärkeren Fokus auf die Digitalisierung der Wirtschaft. Zehn daraus abgeleitete konkrete Ziele und 18 Maßnahmen stellen damit die Weichen für ein lebenswertes und gedeihendes Oberösterreich.

„Ist die traditionelle Familie noch zeitgemäß?“



Birgit Kelle mit Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner: „Familie gibt Sicherheit, Familie ist Heimat, Familien sind die Leistungsträger in unserer Gesellschaft.“



Birgit Kelle mit iFF-Landesobfrau NAbg. Rosa Ecker, MBA

Podiumsdiskussion klar: „Für mich steht fest, dass wir die traditionelle Familie weiter fördern müssen und auch fördern werden.“ Der Wunsch nach Kindern sei ungebrochen. Es gäbe nun manche Lebensformen, die sich ebenfalls als Familie verstehen würden. „Auf Dauer kann eine Gesellschaft aber nur dann funktionieren, wenn die Kernfamilie gute Rahmenbedingungen hat. Dazu gehört unter anderem ein gutes Steuersystem für jene, die bereit sind, Kinder in die Welt zu setzen. Aber vor allem brauchen wir eine positive Einstellung zur Familie.“

Zu diesem Thema diskutierten kürzlich FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und die deutsche Autorin, Journalistin und Familienexpertin Birgit Kelle.

Kelle, selbst Mutter von vier Kindern, betonte in ihrem Vortrag, dass die traditionelle Familie nach wie vor das Gesellschaftsmodell Nummer Eins sei, mittlerweile aber auch alternative Lebensmodelle staatliche Anerkennung und Förderung finden würden, was sie kritisch betrachtete. An der tradi-

tionellen Familie müsse festgehalten werden. Die aktuelle Corona-Krise führe den starken Zusammenhalt der Familien deutlich vor Augen. In den Familien werde durch gelebte Generationensolidarität für ältere Menschen gesorgt.

Manfred Haimbuchner stellte in der

Gewalt gegen Polizei ist inakzeptabel

Zwischen Jänner 2018 und Juni 2020 gab es in Österreich laut einer parlamentarischen Anfragebeantwortung der FPÖ 3.474 tätliche Übergriffe auf Polizeibeamte im Einsatz. Dabei wurden 1.947 Polizisten verletzt, 125 davon schwer. Zwischen 2018 und 2019 stiegen die Angriffe um über 20 Prozent. In Oberösterreich, wo laut Geschäftsbericht 3.917 Exekutivbeamte Dienst versehen, gab es im Beobachtungszeitraum 226 tätliche Angriffe und 71 Sachbeschädigungen gegenüber der Polizei. Alleine 2020 wurden bereits acht Fahrzeuge vorsätzlich beschädigt und 55 Beamte verletzt.

Die FPÖ hat daher im Oö. Landtag einen Antrag an die Bundesregierung initiiert, berichtet FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr: „Diese Entwicklung ist nicht hinnehmbar. Hier muss rasch gegengesteuert werden, um unseren staatlichen Sicherheitskräften wieder den nötigen Respekt und Halt zu gewährleisten sowie die staatliche Durchsetzung sicherzustellen.“

Als mögliche Maßnahmen nennt Mahr etwa >> die Aberkennung eines Aufenthaltstitels (Asyl, Subsidiäre Schutzberechtigung, Humanitäres Bleiberecht) und anschließender Abschiebung ins Herkunftsland,

>> die Aberkennung von Sozialleistungen mit und ohne Rechtsanspruch (Sozialhilfe, Beihilfen) und

>> die Festsetzung einer Mindeststrafe im Strafgesetzbuch bei Gewalt gegen Einsatzkräfte.



Maßnahmenpaket gegen tätliche Übergriffe auf Sicherheitskräfte

„Jeden vierten Tag wird in Oberösterreich ein Polizeibeamter durch Gewalt verletzt. Für die Bediensteten, die täglich für unsere Sicherheit sorgen, be-

deutet dies zum einen ein immer größer werdendes Risiko und zum anderen einen Verlust von Berufsattraktivität. Das muss sich ändern“, spricht Mahr von alarmierenden Zahlen.

Sicherheits-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger erwarte sich mehr Rückhalt und Sicherheit der Bundesregierung für unsere Polizei. „Ich habe größten Respekt vor den Leistungen unserer Polizei. Die Arbeit der Exekutivbeamten ist von enormem Wert für die Sicherheit unserer Heimat.“

Es sei nötig, dass sich die Entscheidungsträger schützend vor ihre Sicherheitsorgane stellen. „Es sind die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die notwendige Sicherheit für die Polizisten zu gewährleisten. Gegen Übergriffe auf unsere Polizei ist konsequenter vorzugehen“, fordert Klinger Maßnahmen seitens der Bundesregierung.

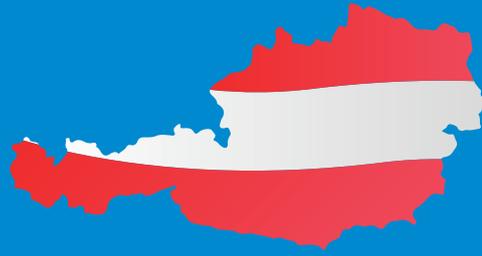
Freiheitliche Jugend:

Podiumsdiskussion „Offensiv gegen Links“

Als Abschluss der diesjährigen Sommerkampagne der Freiheitlichen Jugend (FJ) Oberösterreich, die unter dem Motto „Offensiv gegen Links – entschieden gegensteuern“ stand, fand kürzlich eine Podiumsdiskussion mit FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und FPÖ-Generalsekretär NAbg. Michael Schnedlitz statt. Der geschäftsführende FJ-Landesobmann Silvio Hemmelmayr diskutierte mit den beiden freiheitlichen Politikern über die Gefahren im linksautonomen Spektrum.



v.l.n.r. Landesjugendobmann Dr. Michael Raml, Generalsekretär Michael Schnedlitz, gf. Landesjugendobmann Silvio Hemmelmayr, Landesparteiobmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner



ALLIANZ GEGEN CORONAWAHNSINN

GEZIELTER SCHUTZ
STATT NEUER LOCKDOWN!

WWW.CORONAWAHNSINN.AT

